Studien internationaler Organisationen

United Nations Development Programme: Journey to Extremism in Africa. New York 2017

Besprochen von **Fabien Merz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich, email: fabien.merz@sipo.gess.ethz.ch

<https://doi.org/10.1515/sirius-2018-2020>

Die empirische Evidenzbasis bezüglich der Ursachen von Radikalisierung ist, auch nachdem das Thema mit dem 2013 eingeläuteten Aufstieg des sogenannten „Islamischen Staates“ und der darauf folgenden weltweiten Terrorwelle in den Fokus der Weltöffentlichkeit geraten war, nach wie vor spärlich. Dies gilt ganz besonders für die von dem Phänomen stark betroffene Region Subsahara-Afrika. Gemessen an der Anzahl der durch Terroranschläge verursachten Todesopfer, war Subsahara-Afrika 2015 nach der MENA-Region die weltweit am meisten betroffene Region. In Afrika haben mit Extremismus zusammenhängende Gewalttaten zwischen 2011 und 2016 insgesamt 33.000 Menschenleben gefordert. Diese oftmals mit Vertreibungen, humanitären Krisen, Schädigung der Tourismusindustrie und dem Ausbleiben von Auslandsinvestitionen einhergehenden Gewaltausbrüche drohen einerseits, die in der Region bereits erlangten Entwicklungsfortschritte zu erodieren, andererseits aber auch zukünftige Entwicklungsperspektiven zu hemmen.

Ziel des Berichts des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) ist es, die Wissenslücke bezüglich der Ursachen und beschleunigender Faktoren der Radikalisierung zu schliessen, um damit eine evidenzbasierte Grundlage zu schaffen, die den Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus in Subsahara-Afrika effektiver machen sollen. Mit diesem Ziel vor Augen wurden innerhalb von zwei Jahren in Kamerun, Kenia, Niger, Nigeria, Somalia und dem Sudan Interviews mit insgesamt 495 grösstenteils ehemaligen, zum Teil aber auch zum Zeitpunkt der Befragung noch aktiven Mitgliedern von extremistischen Organisationen geführt.

Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass ökonomische Faktoren wie strukturelle Armut einen Einfluss auf die Anfälligkeit von Individuen gegenüber extremistischer Rekrutierung haben. So wurde im Rahmen der Befragungen festgestellt, dass die berufliche Situation (Arbeitsstelle oder Studium) einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, dass sich ein Individuum einer extremistischen Gruppierung anschliesst. Eine Erwerbstätigkeit war zum

Beispiel die von den Befragten am meisten genannte „unmittelbarste Notwendigkeit“, mit der sie sich zum Zeitpunkt kurz vor der Rekrutierung für eine extremistische Gruppierung konfrontiert sahen. Ein gemäss der Untersuchung weiterer wichtiger Faktor, der die Rekrutierung für eine extremistische Organisation erleichtern kann, ist die Unzufriedenheit, das Missbehagen und die Entfremdung gegenüber staatlichen Institutionen. Umgekehrt wurde festgestellt, dass positive Erfahrungen in Bezug auf staatliche Leistungserbringung die Resilienz von Individuen gegenüber Rekrutierungsbemühungen von Extremisten zu erhöhen scheint.

Interessant ist auch die Erkenntnis bezüglich des so genannten „Tipping point“. Damit ist der Moment oder Faktor gemeint, der ausschlaggebend für den Anschluss an eine extremistische Gruppierung ist. Von den 495 Befragten gaben 71 % an, dass der auslösende Faktor für diesen Schritt eine „Intervention durch die Staatsgewalt“ wie zum Beispiel die Ermordung oder die Verhaftung von Familienmitgliedern oder Bekannten war. Auch wurde von den befragten Individuen oftmals die Aussicht, gegen den „Status quo“ zu rebellieren, genannt. Zudem konnte festgestellt werden, dass soziale Netzwerke bei der Radikalisierung oftmals eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig wurde auch konstatiert, dass das Internet bei der Rekrutierung im afrikanischen Kontext eine weniger wichtige Rolle zu spielen scheint, als dies in anderen Regionen der Fall sein dürfte. Eine letzte, aber nicht weniger interessante Feststellung ist, dass nahezu die Hälfte (48 %) der Befragten angegeben hat, von PVE-Initiativen Kenntnis gehabt zu haben, sich aber aufgrund von fehlendem Vertrauen gegenüber den implementierenden Akteuren dazu entschieden hat, sich nicht an den jeweiligen Programmen zu beteiligen.

Die im Rahmen der Befragungen gewonnenen Erkenntnisse haben eine ganze Reihe von Implikationen für die Implementierung von Massnahmen und Initiativen zur Folge, die darauf abzielen, Radikalisierung zu bekämpfen und gewalttätigen Extremismus in der Region einzudämmen. Nebst dem offensichtlichen Ratschlag, die strukturelle Armut anzugehen, stechen zwei Empfehlungen besonders heraus: Aufgrund der Erkenntnis, dass eine zu harsche und undifferenzierte staatliche Machtausübung zu einem Katalysator im Radikalisierungsprozess werden kann, gewinnt die Notwendigkeit für Sicherheitskräfte an Bedeutung, sich beim Ausüben ihrer Tätigkeiten an die Grund- und Menschenrechte sowie an die Rechtsstaatlichkeit zu halten. Zudem wird aufgrund der Erkenntnis, dass Unzufriedenheit, Missbehagen und die Entfremdung gegenüber den staatlichen Institutionen die Anfälligkeit gegenüber Radikalisierung erhöht, und

dass, umgekehrt positive Erfahrungen in Bezug auf staatliche Leistungserbringung die Resilienz von Individuen verstärken, empfohlen, entsprechende Verhaltensweisen und Kapazitäten konsequenter auszubauen. Begrüssenswert ist zudem, dass sich die Empfehlungen nicht nur an die politischen Entscheidungsträger richten, sondern auch für die umsetzenden Behörden heruntergebrochen werden und damit einen konkret-pragmatischen Handlungsspielraum aufzeigen.

Abgesehen von den typischen, mit derartigen Befragungen einhergehenden Fallstricken, also zum Beispiel der Tatsache, dass ehemalige Mitglieder von extremistischen Gruppierungen ein Eigeninteresse haben können, die Aussagen abzufälschen, weist die Studie eine weitere potenzielle Schwäche auf: Wie im Bericht selbst festgehalten wird, sind Faktoren, die bei einem Radikalisierungsprozess mitspielen, oftmals hochgradig von lokalen Begebenheiten bestimmt. So sind die Beweggründe, die ein Individuum in einem Vorort von Mogadischu in die Hände der al-Shabaab treiben, nicht zwingendermassen von vornherein die gleichen, die jemanden im nordöstlichen Teil Nigerias dazu verleiten, sich Boko Haram anzuschliessen.

Dementsprechend ist es so, dass man, je weiter man die Analyseeinheit beim Untersuchen von zur Radikalisierung führenden Faktoren herunterbricht, validere Ergebnisse erhalten kann. Umgekehrt gilt, dass eine grössere Analyseeinheit die Gefahr erhöht, dass die Ergebnisse derart verwässert werden, dass je grösser die Analyseeinheit ist, desto grösser ist die Gefahr, dass die Ergebnisse derart verwässert werden, dass sie im schlimmsten Fall zu unstimmigen Empfehlungen führen können. Bei der Wahl der Analyseeinheit in Bezug auf Radikalisierungsfaktoren geht es also darum, einen stimmigen Kompromiss zwischen validen Ergebnissen und einer für den Zweck der Analyse sinnvollen Stufe der Analyse zu wählen. Da dieser Bericht darauf abzielt, das Radikalisierungsphänomen in Sub-Sahara Afrika zu eruieren, erscheint es deshalb auch legitim, für den Zweck dieses Berichts die gesamte Region, sprich Subsahara-Afrika, als Analyseeinheit zu wählen. Der Leser muss sich aber bewusst sein, dass ein derartiges Skalieren der Analyse möglicherweise auf Kosten der Validität der Erkenntnisse und somit auch der daraus abgeleiteten Empfehlungen gehen kann.

Deshalb wäre es wünschenswert gewesen, die Ergebnisse auch für die einzelnen Länder oder zum Beispiel nach Gruppenzugehörigkeiten aufzubereiten. Dies wird zwar bei einzelnen Indikatoren vereinzelt gemacht, nicht jedoch konsequent durchgezogen. Auch die Empfehlungen sind nicht länder- oder gruppenspezifisch, sondern beziehen sich ausschliesslich auf die Gesamtregion. Dass

eine länder- oder gruppenspezifische Analyse der Ergebnisse den Rahmen des Berichtes gesprengt hätte, ist verständlich. Die Autoren müssten sich aber überlegen, ob die vorhandenen Daten in Nachfolgeberichten oder Publikationen nicht doch länder- oder gruppenspezifisch aufgearbeitet werden können.

Kann dies aus welchen Gründen auch immer nicht durch die UNDP selbst gemacht werden, müsste man in Betracht ziehen, die Ergebnisse der Befragungen Drittparteien zugänglich zu machen, damit diese die Analyse der Befragungen auf eine für die jeweiligen Bedürfnisse entsprechend kleinere Analyseeinheit konzentrieren könnten. Dies sollte es ermöglichen, ein noch schärferes Bild der Radikalisierungsdynamiken zeichnen zu können und somit noch präzisere, auf die jeweiligen lokalen Kontexte zugeschnittenen Empfehlungen abzugeben. Würde man die im Rahmen einer zweijährigen Periode durch eine substanzielle Anzahl von Interviews erhaltenen Primärdaten nicht optimal ausschöpfen, müsste dies wohl als verpasste Gelegenheit bezeichnet werden, Bedingungen zu schaffen, die es letztlich ermöglichen, effizienter gegen gewaltbereiten Extremismus auf dem afrikanischen Kontinent vorzugehen.

<http://journey-to-extremism.undp.org/>